

## **30. Sitzung**

am Donnerstag, dem 26. Januar 2006

---

### **Inhalt**

#### **Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung**

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005

(Drucksache 16/451 S)

Abg. Herderhorst ( CDU) .....	1199
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1199
Staatsrat Dr. vom Bruch .....	1200
Abg. Kleen (SPD) .....	1201
Abstimmung .....	1202

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel, Weber.

**Vizepräsidentin Dr. Mathes**

**Schritfführerin Arnold-Cramer**

\_\_\_\_\_

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung um 17.52 Uhr.

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Die 30. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung**

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005 (Drucksache 16/451 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)<sup>1)</sup>: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Grunde könnte ich es mir einfach und auch relativ kurz machen, indem ich sage:

(Beifall - Zurufe: Ja!)

Kollege Kleen hat vorhin hier alles sehr nett und humoristisch vorgetragen. Das hat eigentlich gereicht, um klar zu machen, welche Situation wir hier haben und was wir mit der Änderung beziehungsweise der Ergänzung dieses Ortsgesetzes bezwecken. Es geht also im Grunde genommen darum, nicht gegen jedweden sozial Schwachen, der auf der Straße oder wie auch immer lebt, vorzugehen, sondern es geht darum, bestimmte Erscheinungsformen beispielsweise auf Spielplätzen in der Stadt und anderswo zu verringern und die Plätze ihrer originären Nutzung wieder zuzuführen. Dazu sind diese zwei Teile in Ergänzung der ohnehin schon bestehenden Regelungen zum aggressiven Betteln und Drogenkonsum im öffentlichen Raum bestimmt. Dieses Gesetz an sich ist quasi der Ersatz für den fehlenden Ordnungsbegriff im Polizeigesetz, und von daher ist es eine sinnvolle Ergänzung.

Ansonsten hat Kollege Kleen eigentlich schon alles gesagt. Ich weise nur noch darauf hin, und auch das sollten wir leisten, dass wir uns noch einmal Gedanken darüber machen sollten, auch im Kreis der Innendeputierten, inwieweit man möglicherweise nicht nur die Polizei sich mit diesem Phänomen beschäftigen lässt, sondern auch

mit der Ausführung dieser Ergänzung im Ortsgesetz möglicherweise das Ordnungsamt, also das Stadtamt. Ich habe ein Modell aus Paderborn im Gedächtnis, wo beide Seiten, Ordnungsamt und Polizei, zusammen Streife laufen und dann nicht gleich mit Bußgeldern oder Ähnlichem arbeiten, sondern mehr mit Hinweisen und Aufforderungen, Hinterlassenschaften zu beseitigen et cetera.

Langer Rede kurzer Sinn: Darüber müsste man sich noch einmal unterhalten, weil ich nicht denke, dass wir die Polizei ausschließlich noch mit solchen Aufgaben betrauen wollen, müssen und können, und insofern ist das insgesamt sicherlich eine sinnvolle und gute Ergänzung, die wir dann im Weiteren noch ausfüllen werden. - Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)<sup>1)</sup>: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegen den Willen der Volksvertreterinnen und Volksvertreter, es kurz zu machen, kann ich ja gar nicht ankommen! Deswegen nur einige Bemerkungen, weil es von diesen Sitzungen ja, auch wenn niemand mehr auf der Tribüne ist, Protokolle gibt und man schon schaut, wie das hier im Haus behandelt worden ist, wenn ein Ortsgesetz beschlossen wird! Insofern stimme ich dem Kollegen Herderhorst zu, dass wir das hier auch ordentlich abarbeiten müssen.

Der erste Punkt: Ich finde es absolut berechtigt, dass sehr viele Menschen draußen in unserer Stadt von dem Phänomen genervt sind, über das wir heute reden. Es ist ja so, es geht nicht darum, dass ab und zu irgendwo jemand sitzt, sondern dass Menschen, gerade vielleicht auch etwas zartbesaitetere Mitmenschen, in der Tat davon genervt sind, wenn man sie anspricht, wenn man sie anrempelt und wenn man sozusagen ihren öffentlichen Aufenthalt etwas einschränkt. Das ist in der Tat so. Wir können das in Leserbriefen lesen, und wir können es, wenn wir mit den Menschen reden, vernehmen. Das ist ein Verhalten, das richtig nervt. Da sind wir uns einig.

Der zweite Punkt ist aber schon viel schwieriger. Wie gehen wir eigentlich mit diesem Problem um? Da sind wir uns vielleicht nicht ganz so einig. Kollege Herderhorst hat es schon angedeutet: Die Polizei wird das am Ende nicht allein regeln können, und wir wollen unser kostbares Gut der Poli-

<sup>1)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

<sup>1)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

zei-beamtenstunden auch nicht nur mit der Frage beschäftigen, hier in dieser Stadt für Ordnung zu sorgen. Ich glaube, dass man das mit diesem Gesetz nicht in den Griff bekommen kann. Wir haben das bei vielen anderen Phänomenen schon gesehen. Schauen Sie sich allein einmal die Tatsache an, wenn man Menschen erzählt, was in diesem Gesetz steht, zum Beispiel Bußgeldandrohungen von 500 Euro gegen diesen Kreis von Menschen! Welche Abschreckungswirkung soll die Androhung von 500 Euro Bußgeld bei Menschen haben, wie wir sie kennen, die hier unten unter den Arkaden sitzen oder auch an anderen Plätzen?

Es sind ja nicht zuletzt Menschen, die nicht freiwillig diesen Weg gewählt haben, nun hier im öffentlichen Raum zu sitzen. Es sind Menschen, die krank sind, oft alkoholkrank, die psychische Probleme haben -

(Unruhe)

und wenn Sie jetzt nicht etwas leiser sind, rede ich ganz lange! Danke! - und sich diesen Lebensweg nicht bei ihrer Geburt ausgesucht haben, als so genannte Penner oder Obdachlose uns hier auf die Nerven zu gehen, sondern in ihrem Leben ist irgendetwas passiert, das sie dazu gebracht hat, von dem ich mir wünsche, dass es niemandem in diesem Haus und auch sonst niemandem passiert, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sind es also einmal wieder die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die das Problem für die Gesellschaft lösen sollen? Ich glaube, nein! Lassen Sie mich ein kleines Beispiel geben, warum es nicht funktioniert! Wir haben hier auf dem Marktplatz schon seit einigen Monaten einen jungen Mann, einen Redner, der auftritt und große Reden hält. Am Anfang ist die Polizei noch eingeschritten, wahrscheinlich auch auf schwieriger Rechtsgrundlage, obwohl das Reden im öffentlichen Raum bei ihm zwar so laut ist, dass es wahrscheinlich schon eine Ruhestörung ist, aber trotzdem steht das Einschreiten wahrscheinlich auf einer schwierigen Rechtsgrundlage. Er ist immer wieder gekommen und hält dort seine Reden. Inzwischen kommen die Beamten auch nicht mehr. Ich kann es gut verstehen und würde es ihnen auch nicht raten. Alle hoffen darauf, dass er irgendwann einmal keine Lust mehr hat, seine Reden wieder einstellt und sich von selbst wieder trollt. Dann ist das die Lösung und kein neues Gesetz, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben natürlich eine bestimmte Personen-Gruppe im Auge. Ich habe ja gesagt, ich habe viel Verständnis für die Beschwerden aus der Bevölkerung, aber wenn das öffentliche Urinieren, das Trinken und das Herumschreien ein Problem sind, dann müssen wir den Platz rund um das Weststadion vor und nach dem Spiel sperren und alle Menschen mit einem Platzverweis belegen. Auch da müssen wir also aufpassen, welche Gesetze wir hier verabschieden, meine lieben Damen und Herren, denn das wollen wir ja nun auch nicht.

Insofern habe ich großen Respekt vor Menschen - es gab neulich mehrere Berichte, und man kann sie auch selbst beobachten -, die mit dem Fahrrad, einem Anhänger und einer großen Suppenkanne und Suppenlöffel hier durch die Stadt ziehen und diesen Menschen Suppe ausschenken, die versuchen, noch ein bisschen auf sie zuzugehen. Wenn dort Ordnungswidrigkeiten passieren, wenn dort Straftaten passieren, es wirklich zu Übergriffen kommt und Dinge passieren, die in dieser Stadt auch nicht passieren dürfen, das ist vollkommen klar, dann bin ich mit den Ausführungen einverstanden. Man kann nicht einfach in den öffentlichen Raum urinieren, man kann nicht sein Geschäft mitten auf dem Marktplatz verrichten. Das geht natürlich nicht, ob man krank ist oder nicht, dann muss man das unterbinden.

Ich glaube, dass wir das in dem gebotenen Rahmen auch jetzt schon unterbinden können und dass wir durch das neue Gesetz keinen wesentlichen Fortschritt erzielen werden. Wir werden mit vielen kleinen sozialen und engagierten Maßnahmen versuchen müssen, dass es mit diesen Menschen, die es in dieser Stadt auch in Zukunft geben wird, etwas besser weitergeht im Zusammenleben mit dem Rest dieser Bevölkerung. Deswegen vertrauen wir nicht auf dieses Gesetz und werden es auch an dieser Stelle ablehnen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

**Staatsrat Dr. vom Bruch:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, ich habe trotzdem bei Ihnen den Eindruck, auch wenn Sie immer wieder zum Ausdruck bringen, dass eine oder das andere ginge nicht, dass Sie immer eine Tendenz zur Verharmlosung mit hineinbringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, wir wollen mit diesem Gesetz schon zum Ausdruck bringen, dass es um nichts anderes geht als eigentlich um Benehmen. Man muss sich in dieser Stadt eigentlich nur benehmen, und schon kann man die Folgen dieses Gesetzes vermeiden. Es ist aber offensichtlich so, dass einige sich in dieser Stadt nicht benehmen wollen und können, und deshalb sind wir gut beraten, dagegen anzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch deutlich sagen, und das haben wir gestern in der Debatte, in der es um Mittelförderung ging, zum Ausdruck gebracht, dass Lebensqualität in dieser Stadt nicht nur etwas zu tun hat mit den Bürgern hier in dieser Stadt, sondern auch mit der überregionalen Ausstrahlungskraft, die diese Stadt hat und die diese Stadt erhalten will. Deshalb möchte ich Ihnen gern einmal mit Genehmigung der Frau Präsidentin etwas kurz zitieren, was wir vor einiger Zeit zugesandt bekommen haben:

„Sehr geehrte Damen und Herren, am Montag, dem 4. Oktober 2004, haben wir Ihre schöne Stadt als Touristen besucht. Bei dem Versuch, ein Foto von den Bremer Stadtmusikanten zu machen, wurden wir rüde von einem alkoholisierten Menschen daran gehindert, indem er direkt vor dem Wahrzeichen der Stadtmusikanten pinkelte. Dies geschah am Tage um zirka 16 Uhr. Leider habe ich kein Foto gemacht, da ich mich angewidert mit meiner Partnerin entfernte. 20 Schritte weiter befindet sich ein Säulengang, der von diesen alkoholisierten Menschen scheinbar dauerhaft genutzt wird. Ich finde es traurig, dass man eine Stadt mit solch wertvollen historischen Bauwerken nicht besser beschützen kann. Durch diese Erfahrungen am Montag werde ich jedenfalls in nächster Zeit einen Bogen um Bremen herum machen.“

Meine Damen und Herren, daran wird deutlich, dass wir uns hier nicht über einen Spaß oder irgendetwas, was in irgendeiner Form vielleicht von marginaler Bedeutung ist, unterhalten, sondern dass wir uns über die Lebensqualität und die Aufenthaltsqualität dieser Stadt und damit ihrem Bild nach innen und außen unterhalten. Da sind wir, glaube ich, in diesem Hause einer Meinung, dass wir es nicht hinnehmen werden, dass hier uriniert und gegrölt wird, dass Leute angepöbelt oder sonstwie in ihren Rechten beeinträchtigt werden. Das sind wir unseren Bürgern und den Menschen, die uns besuchen wollen, schuldig, und deshalb glaube ich, dass wir gut beraten sind, dieses Gesetz heute zu beschließen. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)<sup>1)</sup>: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da ich schon alles gesagt hatte, wollte ich mich eigentlich nicht noch einmal melden, aber, Herr Staatsrat vom Bruch, dass hier nicht der Eindruck entsteht, wir als Sozialdemokraten wollten ein Gesetz mitmachen, damit wir Touristen den Anblick von Not ersparen, das ist nicht unser Anliegen!

(Beifall bei der SPD)

Das wollen wir nicht, sondern das war genau der Ausgangspunkt, über den wir ganz am Anfang einmal miteinander gesprochen haben. Dann haben wir versucht, einen Tatbestand zu finden, der so eingegrenzt ist, dass das genau nicht dabei herauskommt, ein Tatbestand, der das nämlich ermöglicht, worüber wir immer gesprochen haben. Die Ergebnisse von Saufgelagen, gegen die wir alle etwas haben, wollen wir verhindern. Wir wollen den Polizeibeamten nicht zumuten, immer warten zu müssen, bis am Ende alles Mögliche passiert ist, sondern nach ihrer Erfahrung, wenn sie sehen, dort wird das große Lager aufgeschlagen, dort findet jetzt ein großes Saufgelage statt, sollen sie gleich einschreiten und sagen können, so soll es nicht weitergehen. Das ist der Inhalt. Der einzelne Obdachlose oder wie auch immer, der möglicherweise auch den einen oder anderen mit seinem Anblick stört, ist von diesem Gesetz nicht erfasst.

Die zweite Geschichte! Ich kann mir im Moment natürlich vorstellen, dass das ganz schwierig wird, um das Weserstadion herum einzuschreiten. Ich glaube, das wollen wir auch nicht. Warum aber die Bewohner der Straßen vom Bahnhof bis zum Weserstadion, der Straßen im Viertel, immer ertragen müssen, dass alle zwei Wochen alles vollgepinkelt wird, das verstehe ich auch nicht. Ich finde, auch dort haben wir eine Eingriffsgrundlage, auch da dürfen ruhige Manieren gezeigt werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

---

<sup>1)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir auch schon an das Ende der Tagesordnung gekommen, und ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 18.07 Uhr)